

Auswertung MDRfragt:

Ausbau der Erneuerbaren und Aus für Ölheizungen: Setzen wir beim Energiemix der Zukunft auf die richtigen Karten?

Befragungszeitraum: 21.03. – 24.03.2023, 27.544 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Allgemein Energiewende:

- ⇒ Kaum Vertrauen in Politik beim Thema Energie
- ⇒ Zwei Drittel für Ausbau der Erneuerbaren
- ⇒ Große Skepsis, ob Erneuerbare zu bezahlbarer Energieversorgung beitragen
- ⇒ Mehrheit gegen Erneuerbare als „überragendes öffentliches Interesse“
- ⇒ Erneuerbare wichtiger als Denkmalschutz...
- ⇒ ... aber nicht so wichtig wie Naturschutz
- ⇒ 2-Prozent-Ziel beim Windkraft-Ausbau wird begrüßt...
- ⇒ ... aber keine Windräder hinterm eigenen Haus
- ⇒ Windparks: Mehr Gewinnbeteiligung von Gemeinden gefordert
- ⇒ geteilte Meinung zu Nord-Süd-Stromtrassen
- ⇒ Große Zustimmung für Wasserstoffförderung im eigenen Land
- ⇒ 61 Prozent wollen Wasserstoff auch für PKW nutzen
- ⇒ Wenn Wasserstoff, dann grün
- ⇒ Zustimmung zu LNG-Terminals schwindet...
- ⇒ ... insbesondere große Ablehnung gegenüber Rügen-Terminal
- ⇒ Drei Viertel gegen Atomausstieg...
- ⇒ ... zumindest so lange unser Strombedarf nicht aus Erneuerbaren gedeckt ist

Sanierungspläne der Politik für Wohngebäude:

- ⇒ Gas- und Ölheizungen: Große Ablehnung gegenüber Habeck-Plänen...
- ⇒ ... begleitendes Sozialprogramm wird als notwendig erachtet
- ⇒ EU-Pflicht zur Gebäudesanierung ebenfalls mehrheitlich abgelehnt

Blick in die Altersgruppen:

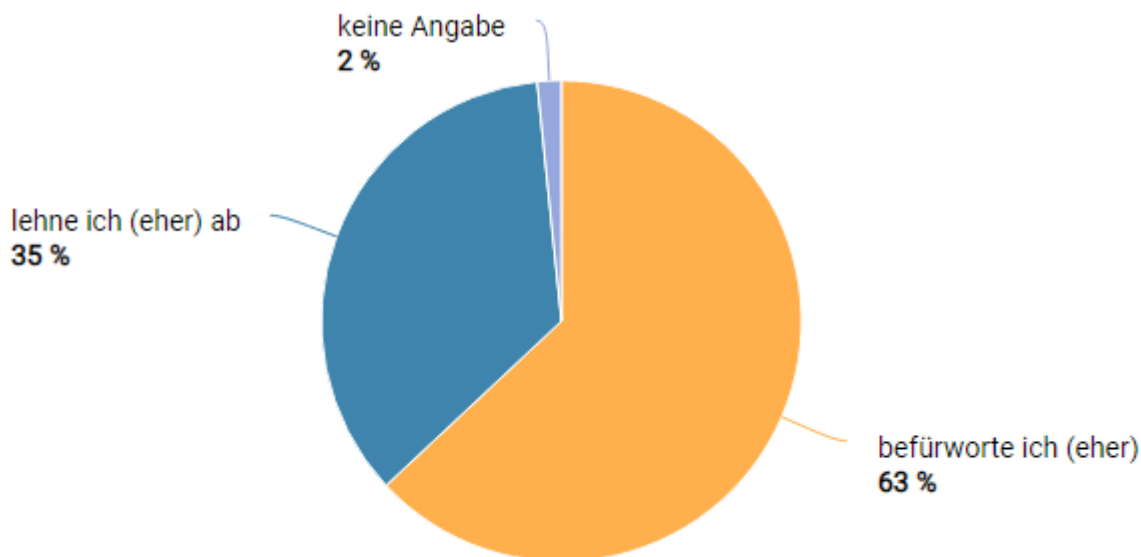
- ⇒ Unter-30-Jährigen sehen die Erneuerbaren deutlich positiver...
- ⇒ ... haben mehr Verständnis für Pläne der Politik...
- ⇒ ... und auch größeres Vertrauen in die Politik

Die Ergebnisse im Detail:

Zwei Drittel für Ausbau der Erneuerbaren

Grundsätzlich spricht sich die Mehrheit der MDRfragt-Teilnehmer für die Erneuerbaren Energien aus: Knapp zwei Drittel sind der Meinung, dass der Ausbau derselbigen schneller und konsequenter erfolgen sollte (63 %). Mehr als ein Drittel lehnt das ab (35 %).

Frage: In den ersten Fragen geht es um die erneuerbaren Energien. Gemeint ist dabei Energie aus nachhaltigen Quellen wie Wasserkraft, Windenergie, Sonnenenergie, Biomasse und Erdwärme. Wie stehen Sie zur Forderung, erneuerbare Energien schneller und konsequenter auszubauen?



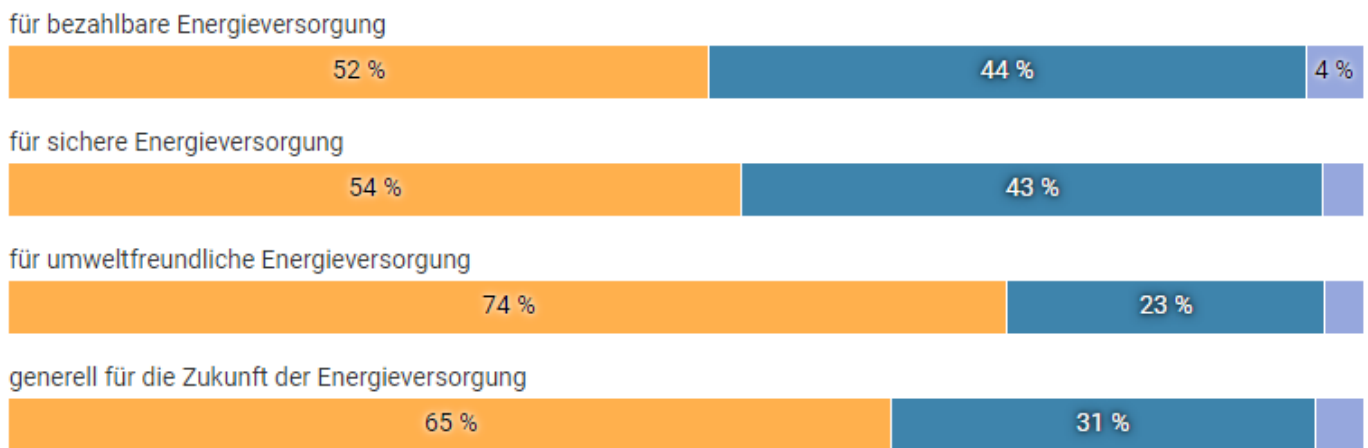
Große Skepsis, ob Erneuerbare zu einer bezahlbaren Energieversorgung beitragen

Wir wollten von den MDRfragt-Teilnehmern wissen, welche Rolle sie den Erneuerbaren Energien unter verschiedenen Gesichtspunkten zuschreiben: Beim Thema Umweltfreundlichkeit der künftigen Energieversorgung denken rund drei Viertel (74 %), dass die Erneuerbaren eine große Rolle spielen werden. Wenn es um das Thema Sicherheit der Energieversorgung geht, glauben jedoch nur noch 54 Prozent daran, dass die Erneuerbaren hier einen großen Beitrag leisten können. 43 Prozent sorgen sich vermutlich vor Dunkelflaute und Co und sind bei diesem Punkt eher skeptisch. Noch weniger Vertrauen in die Erneuerbaren gibt es beim Thema Bezahlbarkeit – da glaubt nur rund die Hälfte (52 %) daran, dass dies mit Windkraft und Co gewährleistet sein wird. 44 Prozent sind skeptisch.

Alles in allem denken dennoch rund zwei Drittel der MDRfragt-Teilnehmer, dass die Weichen in Richtung Erneuerbarer Energien gestellt sind und sie in unserer künftigen Energieversorgung eine große Rolle spielen werden (65 %).

Frage: Was glauben Sie: Welche Bedeutung werden die erneuerbaren Energien für die Zukunft der Energieversorgung haben?

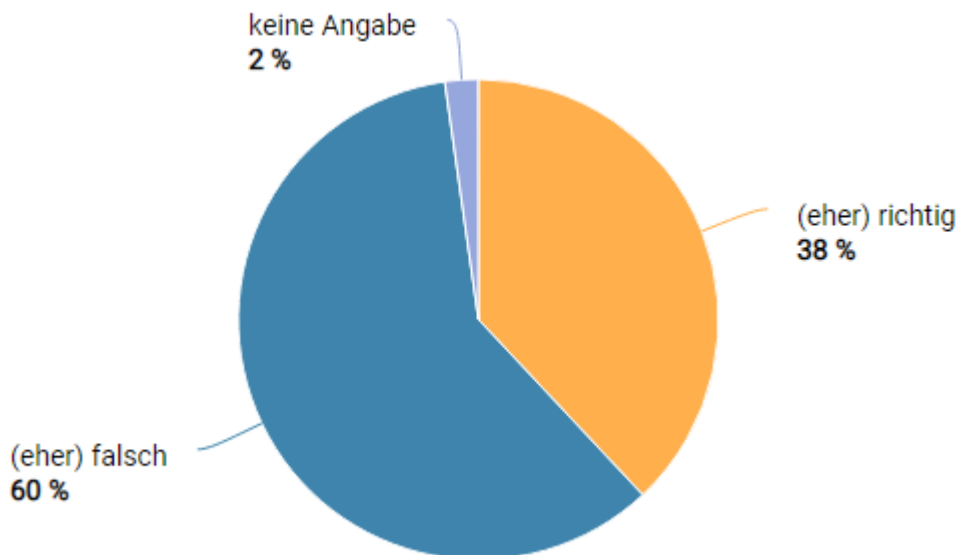
● (eher) große Bedeutung ● (eher) kleine / keine Bedeutung ● keine Angabe / weiß nicht



Erneuerbare als „überragendes öffentliches Interesse“: Mehrheit dagegen

Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen, sind sie mittlerweile als überragendes öffentliches Interesse eingestuft worden. D.h. der Ausbau der Erneuerbaren hat Vorrang gegenüber anderen öffentlichen Belangen wie etwa Natur- oder Denkmalschutz. Nur rund ein Drittel der MDRfragt-Teilnehmer hält dies für den richtigen Weg (38 %). Die Mehrheit hätte sich ein anderes Vorgehen gewünscht (60 %).

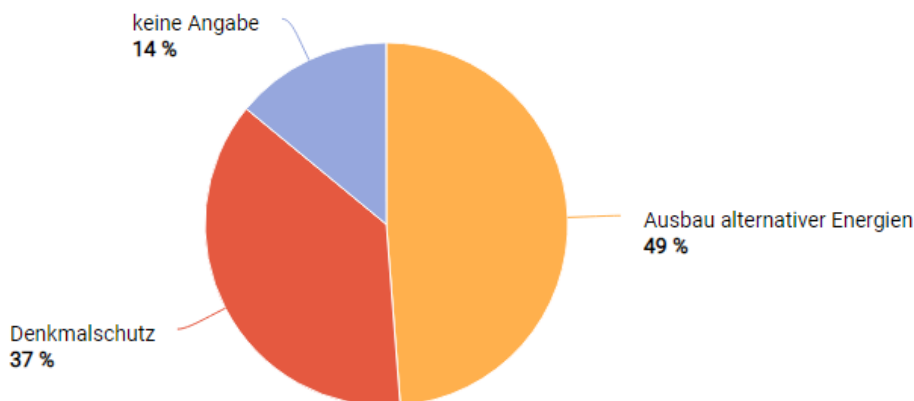
Frage: Der Ausbau erneuerbarer Energien gilt mittlerweile als überragendes öffentliches Interesse, d.h. andere Bereiche - etwa der Denkmal- oder auch der Naturschutz - müssen dahinter zurückstehen. Zunächst einmal grundsätzlich: Wie finden Sie das?



Erneuerbare zwar wichtiger als Denkmalschutz...

Wenn sich die MDRfragt-Teilnehmer entscheiden müssten, was sie für wichtiger halten – Ausbau der Erneuerbaren Energien oder Denkmalschutz – würden sie sich mehrheitlich für die Erneuerbaren entscheiden: 49 Prozent haben so geantwortet. Für ein gutes Drittel ist der Denkmalschutz wichtiger (37 %).

*Frage: Und nun noch einmal ganz konkret: Welches der folgenden Interessen sollte aus Ihrer Sicht jeweils Vorrang haben, wenn es beispielsweise um bauliche Entscheidungen gehen soll?
Vergleich Ausbau alternativer Energien und Denkmalschutz*

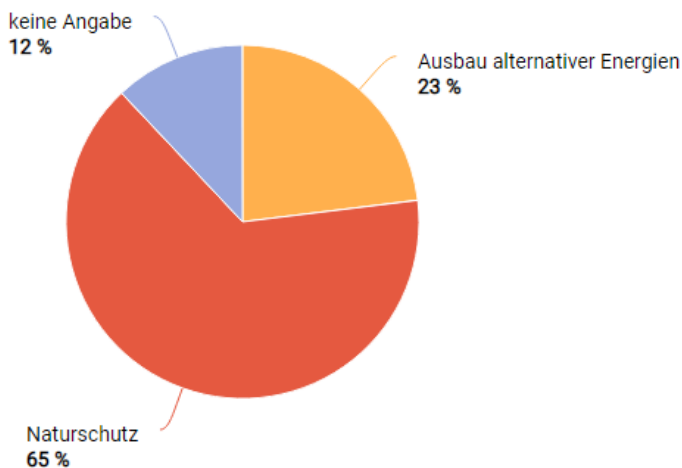


5

... aber Naturschutz schlägt Erneuerbare

Anders sieht es hingegen bei der Frage „Naturschutz vs. Ausbau der Erneuerbaren“ aus: Bei dieser Fragestellung würden sich rund zwei Drittel (65 %) für den Naturschutz entscheiden. Nur rund ein Viertel (23 %) hält den Ausbau der Erneuerbaren an dieser Stelle für wichtiger.

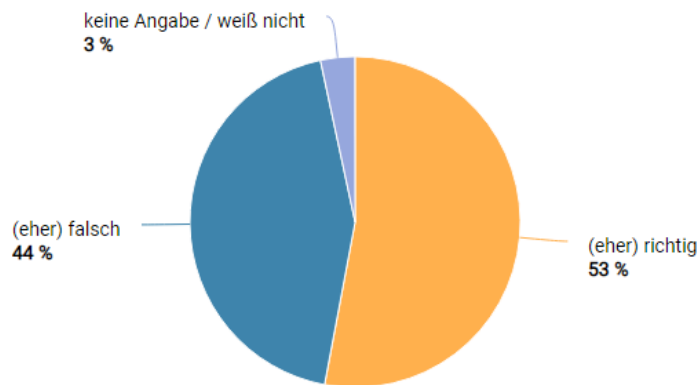
Frage: Vergleich Ausbau alternativer Energien und Naturschutz



2-Prozent-Ziel beim Windkraft-Ausbau wird begrüßt...

Etwas mehr als die Hälfte der MDRfragt-Teilnehmer begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, künftig zwei Prozent der Landflächen für die Windkraft zur Verfügung zu stellen und so den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen (53 %). Allerdings lehnen auch viele MDRfragt-Teilnehmer diesen Plan ab (44 %).

Frage: Das Ziel der aktuellen Bundesregierung ist es, den Ausbau von Windkraftanlagen voranzutreiben: Bis Ende 2032 müssen die Länder zwei Prozent der Bundesfläche für die Windenergie ausweisen. Bislang sind es ca. 0,8 Prozent. Wie finden Sie den Vorstoß, die Windenergie an Land deutlich auszubauen?

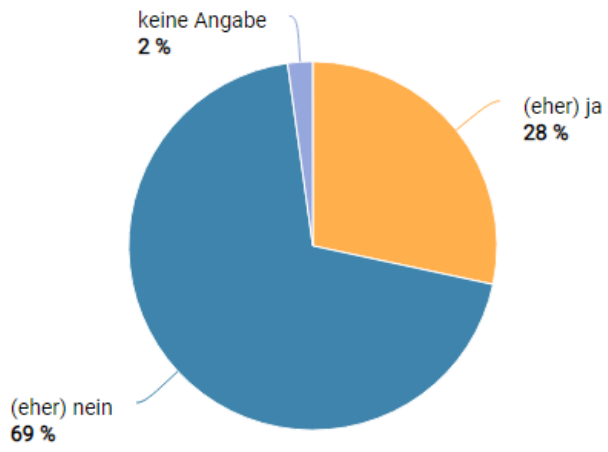


6

... aber keine Windräder hinterm eigenen Haus

Windkraft ja – aber nicht im eigenen Umfeld: Bei der Frage, ob die MDRfragt-Teilnehmer denn auch weniger als einen Kilometer vom eigenen Haus entfernt ein Windrad akzeptieren würden, schwindet die Akzeptanz. Nur rund jeder Dritte wäre damit einverstanden (28 %). Die deutliche Mehrheit würde es ablehnen (69 %).

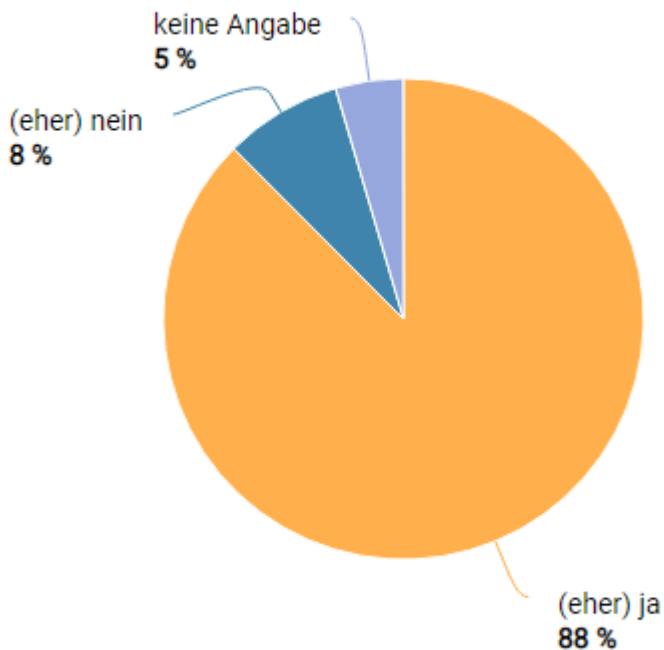
Frage: Immer wieder wird beim Ausbau der Windkraft an Land über Abstände von Windkraftanlagen zu Wohnbebauungen diskutiert. Wie ist das bei Ihnen: Wäre es für Sie vertretbar, wenn ein Windrad weniger als einen Kilometer von Ihrem Wohnhaus entfernt aufgestellt würde?



Mehr finanzielle Beteiligung von Gemeinden gefordert

Immer wieder wird darüber diskutiert, wie die Akzeptanz von Erneuerbaren Energien in der Bevölkerung gesteigert werden kann. Als möglicher Schlüssel wird dabei auch die finanzielle Beteiligung von Gemeinden an den Gewinnen von Wind- und Solarparks betrachtet. So gut wie alle MDRfragt-Teilnehmer würden es begrüßen, wenn Kommunen, in deren Umfeld Windkraft-Anlagen entstehen, von den Einnahmen der Windparkbetreiber mit profitieren würden.

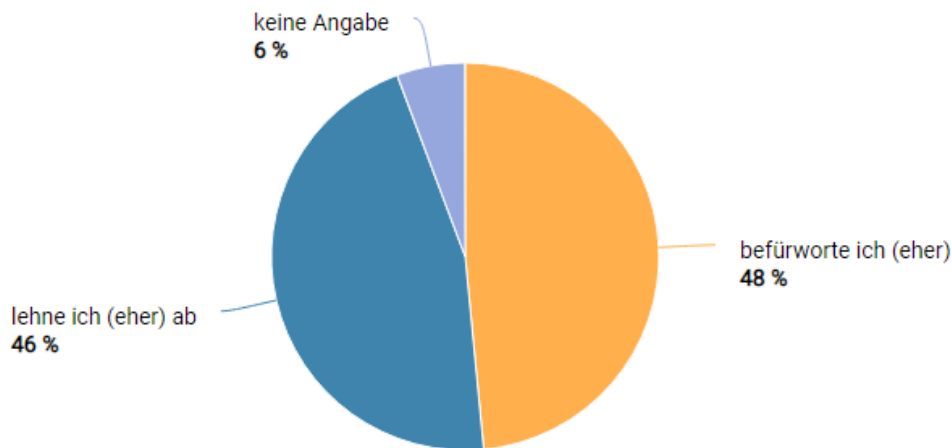
Frage: Auf Bundesebene können Windpark-Betreiber die betroffenen Kommunen seit 2021 auf freiwilliger Basis finanziell beteiligen. Bundesländer können dazu weitergehende Regelungen treffen, Mecklenburg-Vorpommern hat das beispielsweise getan und beteiligt dadurch Kommunen an Gewinnen aus Windkraft-Anlagen. Was meinen Sie: Sollten Gemeinden im Umkreis von Windkraft-Anlagen grundsätzlich an Gewinnen von Windpark-Betreibern beteiligt werden?



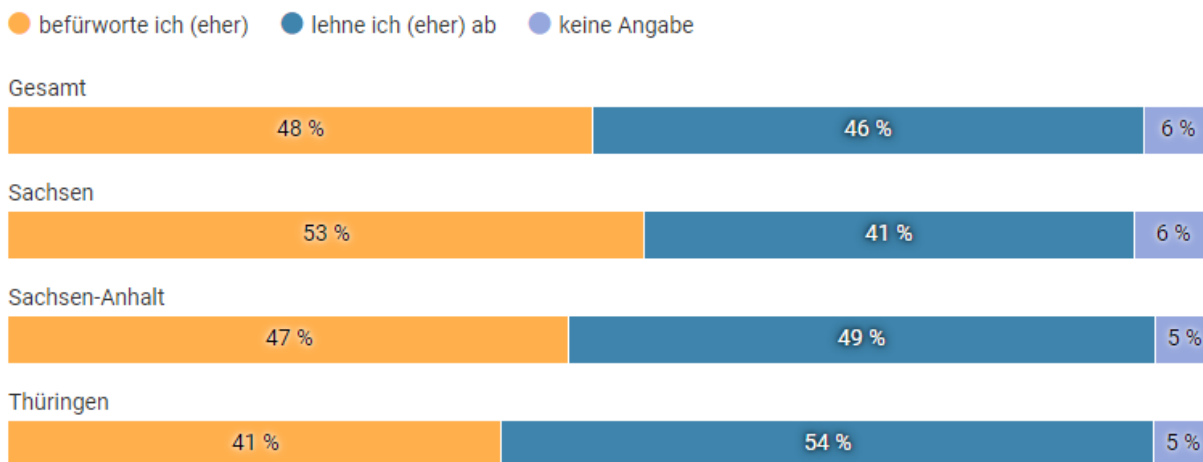
Geteilte Meinungen zu Nord-Süd-Stromtrassen

Die großen Stromtrassen, die Strom aus Erneuerbaren Energien vom Norden in den Süden transportieren sollen, sorgen seit Jahren für heftige Diskussionen. Auch bei den MDRfragt-Teilnehmern rufen sie ein geteiltes Echo hervor: Eine knappe relative Mehrheit von 48 Prozent spricht sich für den Bau der großen Stromtrassen aus. Nur unwesentlich weniger Teilnehmer, 46 Prozent, sind dagegen.

Frage: Windkraft wird derzeit vor allem in Norddeutschland produziert. Um auch Süddeutschland mit diesem Strom versorgen zu können, sollen neue, große Stromtrassen gebaut werden. Eine davon, Süd-Link, soll durch Westthüringen in den Süden führen. Eine weitere, Süd-Ost-Link, soll von der Magdeburger Börde über Ostthüringen nach Bayern führen. In den vergangenen Jahren gab es vor allem in den betroffenen Regionen immer wieder Proteste gegen den Trassenbau, unter anderem weil sie teilweise durch Naturschutzgebiete führen sollen. Wie stehen Sie zum Bau der großen Stromtrassen aus dem Norden in den Süden Deutschlands?



Die Zustimmung zu den Stromtrassen fällt in Sachsen deutlich größer aus als in Sachsen-Anhalt und insbesondere in Thüringen, das vom Bau besonders betroffen wäre:





Das **Meinungsbarometer** für Mitteldeutschland

Gas- und Ölheizungen: Große Ablehnung gegenüber Habeck-Plänen...

Derzeit machen Regierungspläne die Runde, denen zufolge im Privatbereich bereits ab dem kommenden Jahr keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr verbaut werden sollen. Ab 2045 sollen Öl- und Gasheizungen dann komplett verboten werden. Die MDRfragt-Teilnehmer lehnen diese Pläne mehrheitlich ab: 78 Prozent sind gegen das Einbauverbot ab dem kommenden Jahr, gegen das generelle Aus ab 2045 sprechen sich 73 Prozent aus.

Frage: Auch im Privaten sollen klimafreundlichere Energieträger Einzug halten: In den letzten Tagen haben Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck zum Aus für Öl- und Gasheizungen für Diskussionen gesorgt. Wie stehen Sie zu den folgenden Maßnahmen?

● finde ich (eher) richtig ● finde ich (eher) falsch ● keine Angabe / weiß nicht

Verbot für den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024



vollständiges Verbot von bestehenden Öl- und Gasheizungen bis spätestens 2045



Die Ablehnung der Pläne fällt unter denjenigen, die vom Verbot selbst betroffen wären – die also aktuell mit Öl- oder Gas heizen – größer aus, als unter denjenigen, die bereits andere Wärmequellen nutzen:

Verbot für den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024

● finde ich (eher) richtig ● finde ich (eher) falsch ● keine Angabe / weiß nicht

Gesamt



Gas



Öl



Fernwärme



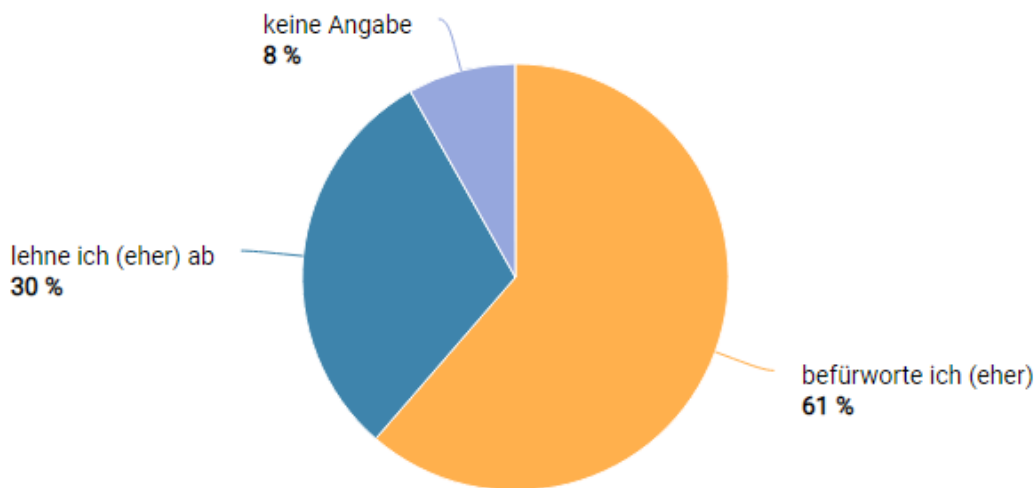
alle anderen Antworten zusammengefasst



... begleitendes Sozialprogramm wird als notwendig erachtet

Um die Umstellung auf klimafreundliches Heizen im Privatbereich zu ermöglichen, sollen Fördergelder in Milliardenhöhe ausgegeben werden. Die meisten MDRfragt-Teilnehmer halten diese Maßnahme für notwendig bzw. befürworten sie (61 %). Rund ein Drittel lehnt diese Ausgaben ab (30 %).

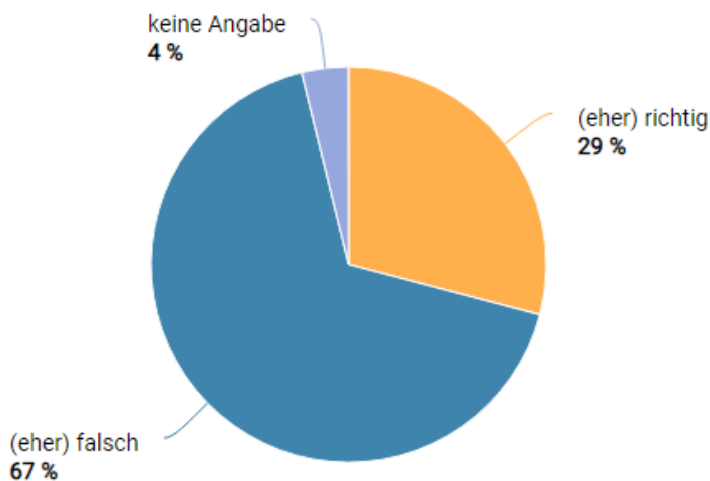
Frage: Der Umstieg auf klimafreundlichere Heizungen soll ab 2024 mit einem sozialen Förderprogramm in Milliardenhöhe begleitet werden. Ziel ist, dass sich auch Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen diesen Umstieg leisten können. Wie stehen Sie zu solch einer Förderung?



EU-Pflicht zur Gebäudesanierung ebenfalls mehrheitlich abgelehnt

Auch eine geplante EU-Auflage könnte für Mieter und Eigentümer Handlungsbedarf mit sich bringen: Die energetisch am schlechtesten abschneidenden Gebäude müssten demnach in den kommenden Jahren durch Maßnahmen auf eine bessere Effizienzklasse gebracht werden. Auch dieses Vorhaben lehnen die meisten MDRfragt-Teilnehmer ab – wenngleich die Ablehnung mit rund zwei Dritteln (67 %) hier etwas geringer ausfällt als die Ablehnung gegenüber der Heizungs-Pläne der Bundesregierung. Rund ein Drittel (29 %) spricht sich für die EU-Pläne aus.

Frage: Das EU-Parlament hat für strengere Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden gestimmt. Demnach müssten in den kommenden Jahren viele Wohngebäude, die als besonders ineffizient gelten, saniert werden. So sollen Wohngebäude bis 2030 mindestens die Energieeffizienzklasse "E" und bis 2033 die Energieeffizienzklasse "D" erreichen. Schätzungen zufolge könnten in Deutschland mehr als sieben Millionen Eigenheime und 7,2 Millionen Wohnungen betroffen sein. Wie finden Sie die EU-Pflicht zur Gebäudesanierung?



Auch bei dieser Frage zeigt sich: Bei denjenigen, die nach eigenen Angaben von der Sanierung voraussichtlich selbst betroffen wären, fällt die Ablehnung der EU-Pläne deutlich größer aus, als bei denen, die nicht betroffen sind. Allerdings: Ein Großteil der MDRfragt-Teilnehmer, die Wohneigentum besitzen, kann bislang gar nicht einschätzen, ob auch an der eigenen Immobilie Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden müssten (44 %).

● (eher) richtig ● (eher) falsch ● keine Angabe

Gesamt



selbst betroffen



nicht selbst betroffen

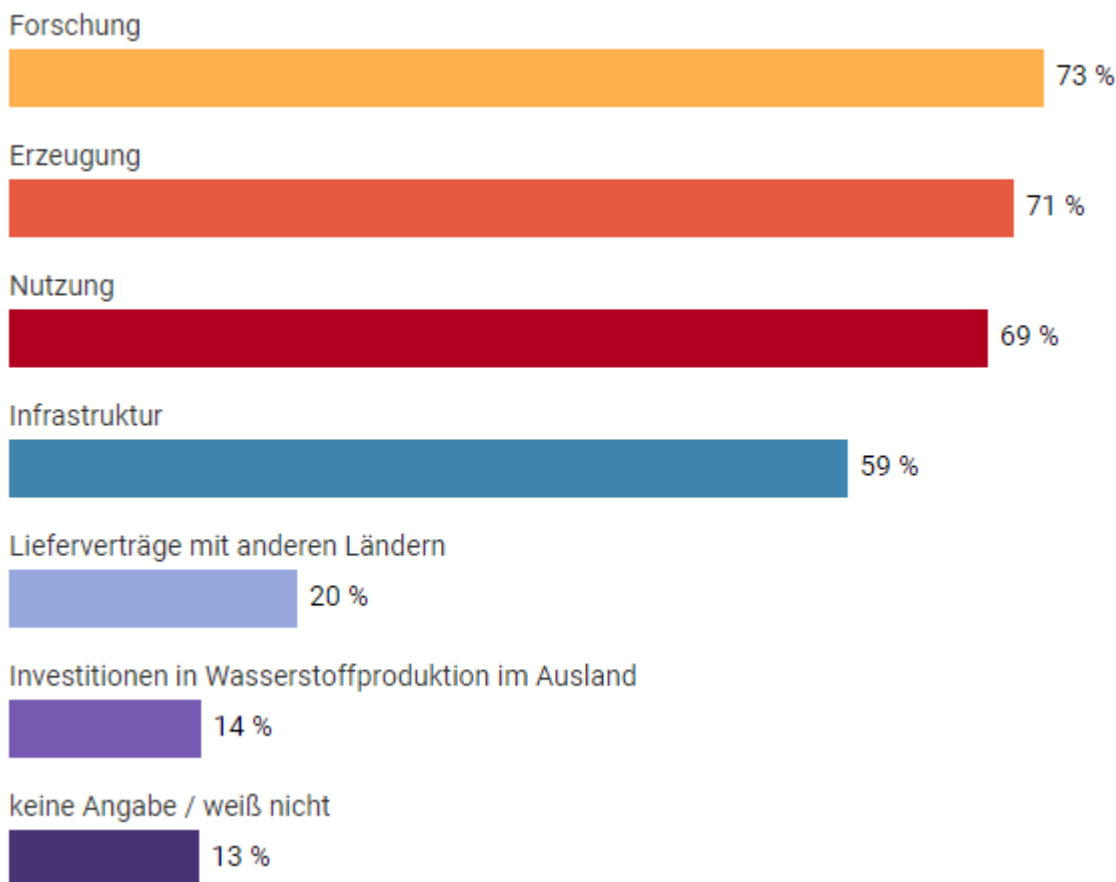


Große Zustimmung für Wasserstoffförderung im eigenen Land

Wasserstoff wird von vielen als mögliche Lösung für die Herausforderungen der Energiewende betrachtet. Auch die MDRfragt-Teilnehmer setzen offenbar viel Hoffnung in Wasserstoff:

- Knapp drei Viertel würden den Ausbau der Wasserstoffforschung in Deutschland begrüßen (73 %).
- 71 Prozent bzw. 69 Prozent würden auch eine Ausweitung der Erzeugung und Nutzung desselbigen hierzulande befürworten.
- Experten rechnen damit, dass ein Großteil unseres künftigen Wasserstoffbedarfs durch strategische Partnerschaften mit anderen Ländern gedeckt werden muss: Diesen Ausbau halten die MDRfragt-Teilnehmer jedoch für nachrangig (20 %).

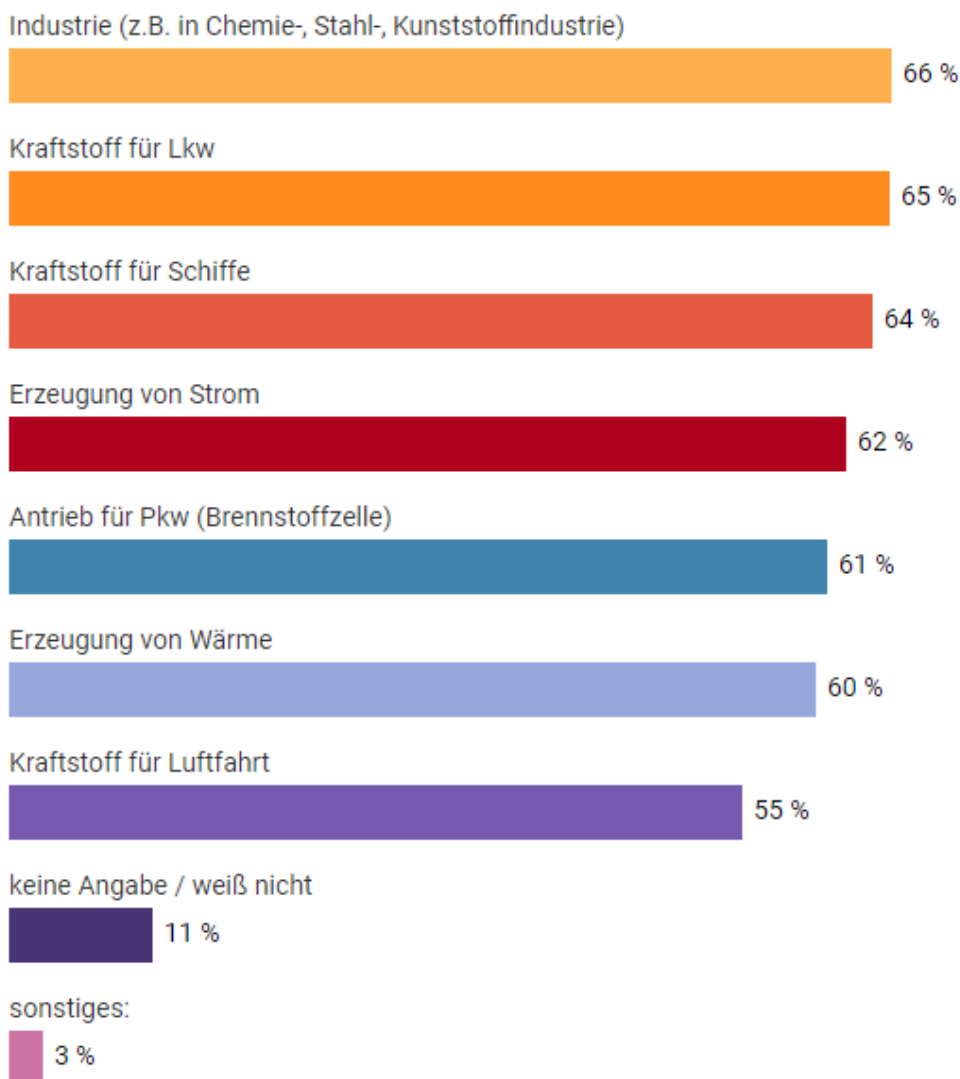
Frage: Wasserstoff gilt als Schlüsselement für die Energiewende; als flexibel einsetzbarer und leicht transportierbarer Energieträger. Welche Bereiche der Wasserstoffwirtschaft sollten aus Ihrer Sicht in Deutschland stärker gefördert werden? Sie können alle auswählen, die Sie wichtig finden.



61 Prozent wollen Wasserstoff auch für PKW nutzen

Das Angebot an Wasserstoff ist begrenzt, sodass viele Experten seinen Einsatz vorrangig in den Bereichen sehen, in denen es keinen Ersatz gibt: In der Industrie oder zum Beispiel für den Flugverkehr. Geht es nach den MDRfragt-Teilnehmern, würden sich viele jedoch auch einen Einsatz für den Individual-Personenverkehr wünschen – etwa als Alternative für E-Autos: 61 Prozent der MDRfragt-Teilnehmer würden eine Nutzung für PKW begrüßen, 62 Prozent auch zur Stromerzeugung. An erster Stelle steht für die MDRfragt-Teilnehmer jedoch die Industrie (66 %), gefolgt von LKW und Schiffen (65 bzw. 64 %). Für eine Verwendung in der Luftfahrt spricht sich nur in etwa jeder Zweite aus (55 %).

Frage: Ganz allgemein und unabhängig vom Zustand der Bundeswehr: Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr als solche?



Grüner Wasserstoff bevorzugt

Die Bundesregierung fokussiert ihre Anstrengungen auf grünen Wasserstoff. Wenn Wasserstoff: Dann grün – das sagen auch die MDRfragt-Teilnehmer. Knapp zwei Drittel (64 %) haben angegeben, dass es in ihren Augen wichtig ist, dass der Wasserstoff, den wir in Deutschland nutzen und fördern, grün ist. Für rund jeden Vierten spielt das eher keine Rolle (24 %).

Frage: Ist Ihnen bei der Förderung von Wasserstoffwirtschaft in Deutschland bzw. bei der Verwendung wichtig, dass es sich bei dem Wasserstoff um so genannten grünen Wasserstoff handelt?

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● keine Angabe / weiß nicht

bei der Förderung der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland



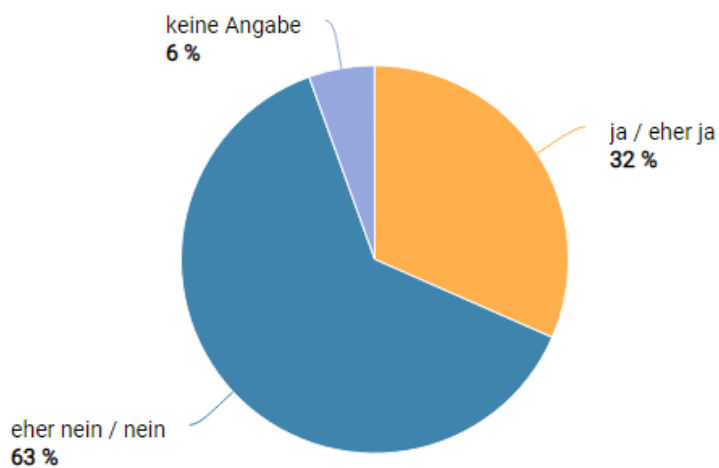
bei der Nutzung von Wasserstoff



Zustimmung zu LNG-Terminals schwindet...

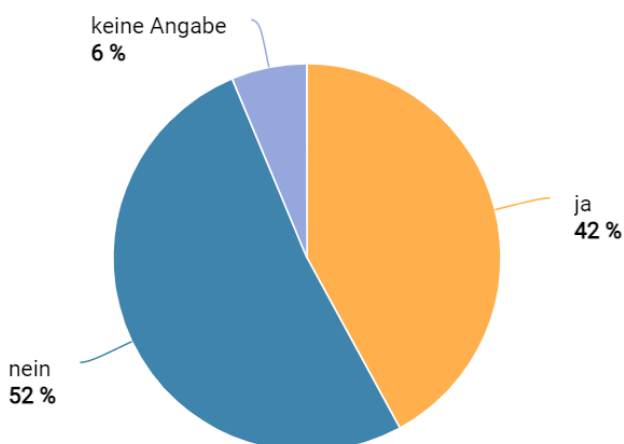
Gut ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ist die Sorge um unsere Energieversorgung nicht mehr ganz so groß wie zu Kriegsbeginn. Das wirkt sich offenbar auch auf die Akzeptanz der LNG-Terminals aus: Haben im Mai 2022 noch 42 Prozent die Milliarden-Investitionen befürwortet, sind es jetzt gut 10 Prozentpunkte weniger. Mittlerweile sprechen sich knapp zwei Drittel gegen die Flüssiggasterminals aus (63%) – vor knapp einem Jahr war es noch gut die Hälfte.

Frage: Wie sehen Sie es: Sind die Milliarden-Investitionen in Flüssiggas-Terminals richtig?



17

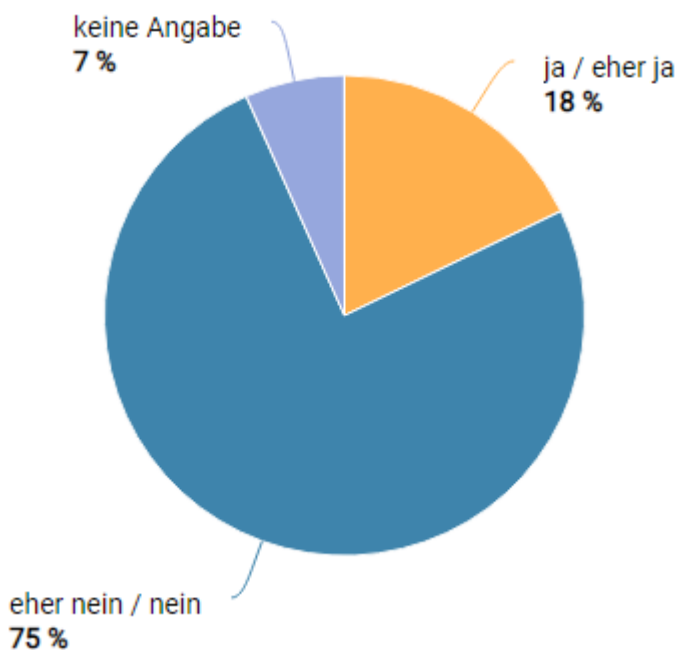
Zum Vergleich: Die Ergebnisse aus dem Mai 2022 (dieselbe Fragestellung)



... insbesondere große Ablehnung gegenüber dem Terminal vor Rügen

Das geplante LNG-Terminal vor Rügen hatte zuletzt für heftigen Protest gesorgt – mittlerweile scheint das Vorhaben geplatzt. Für die MDRfragt-Teilnehmer offenbar gute Nachrichten: Drei Viertel hatten das Terminal vor Rügen abgelehnt (75 %) – nur 18 Prozent sprachen sich dafür aus.

Frage: Auch vor Rügen sind schwimmende LNG-Terminals geplant. Seit Kurzem gibt es dagegen Proteste auf der Ostseeinsel. Sollten Ihrer Meinung nach an der Küste Rügens LNG-Terminals gebaut werden?

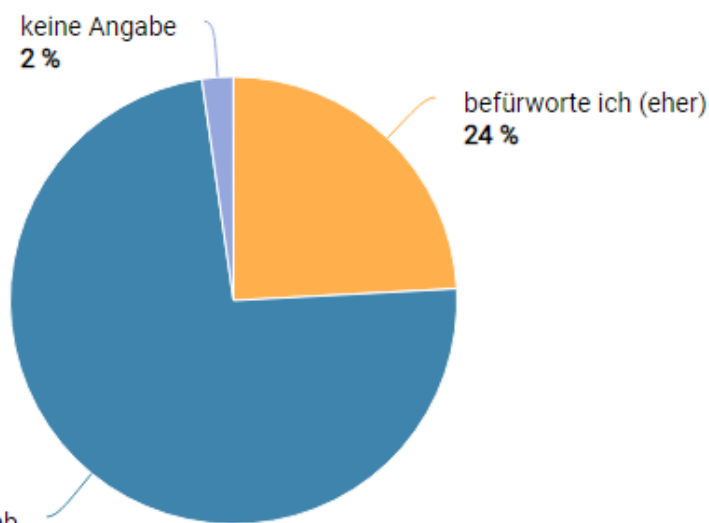


Wichtig: Das Aus für das Terminal vor Rügen war während der Laufzeit der Befragung bekannt gegeben worden. Teilweise hatten die Teilnehmer also vor der Entscheidung abgestimmt, teilweise danach.

Drei Viertel gegen Atomausstieg...

Mitte April sollen nun endgültig die letzten verblieben deutschen AKW vom Netz gehen. In den Augen der MDRfragt-Teilnehmer eine falsche Entscheidung: Rund drei Viertel lehnen den Atomausstieg ab (74 %). Nur rund jeder Vierte begrüßt den Beschluss der Bundesregierung (24 %).

Frage: Kommen wir nun zum Thema Atomkraft. Am 15. April sollen die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. Wie finden Sie das?

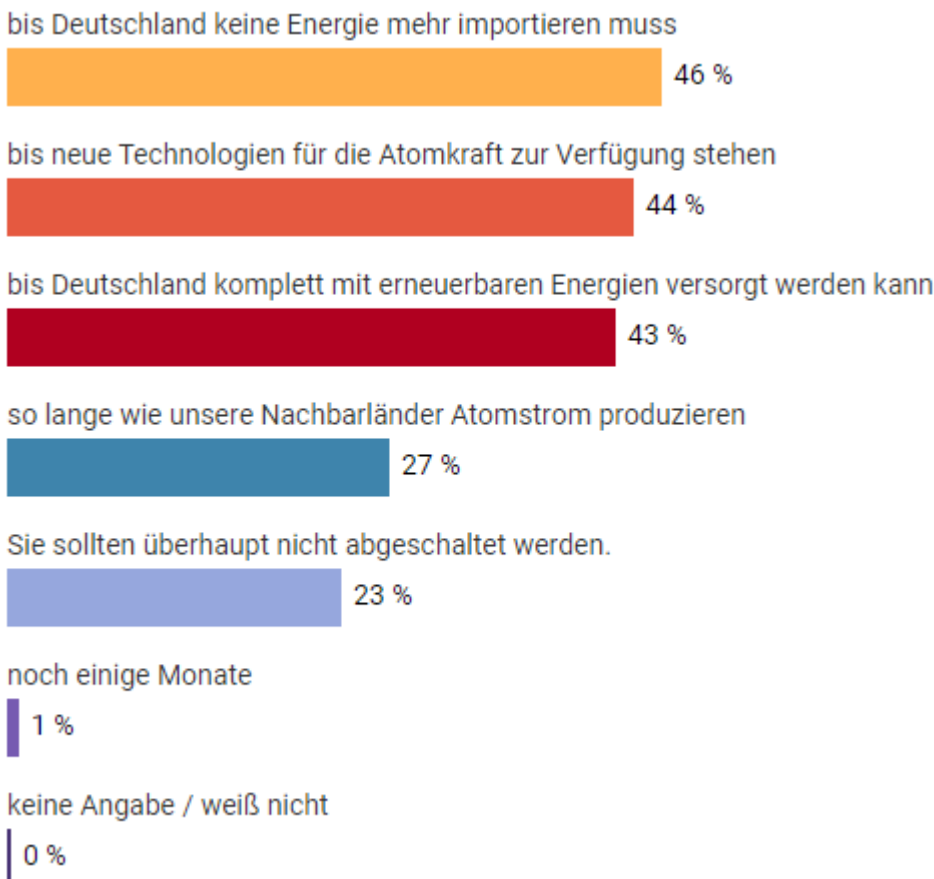


... zumindest so lange unser Strombedarf nicht aus Erneuerbaren gedeckt ist

Von den MDRfragt-Teilnehmern, die sich gegen einen Atomausstieg zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen haben, wollten wir genauer wissen, wie lange wir in ihren Augen noch AKWs betreiben sollten:

- „Bis wir keine Energie mehr importieren müssen“ haben 46 Prozent geantwortet,
- „bis neue Technologien für die Atomkraft zur Verfügung stehen“ 44 Prozent.
- Und 43 Prozent würden sich wünschen, dass wir mit dem Atomausstieg warten, bis Deutschland komplett mit Erneuerbaren Energien versorgt werden kann.

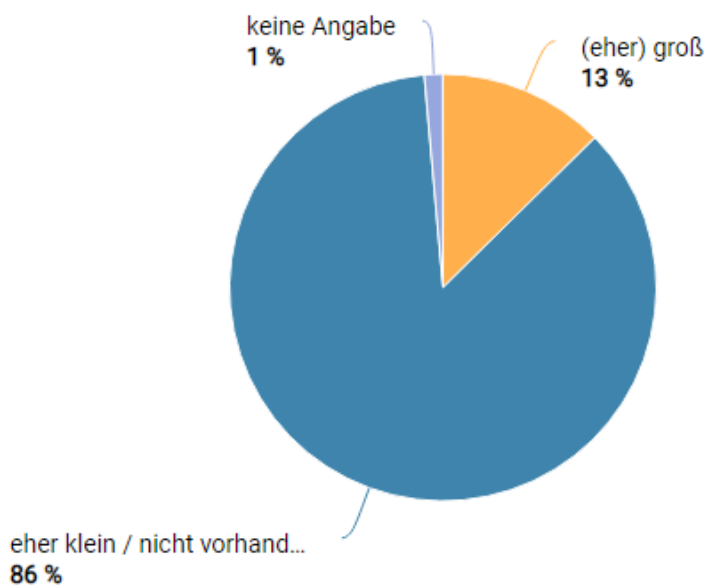
Frage: Sie haben angegeben, dass Sie den Atomausstieg zum 15. April (eher) ablehnen. Wie lange sollten die noch verbliebenen Atomkraftwerke Ihrer Meinung nach weiterbetrieben werden? Falls mehrere Antworten aus Ihrer Sicht eine Option sein könnten, dann können Sie auch mehrere anklicken.



Kein Vertrauen in Politik

Beim Thema Energie fällt das Vertrauen der MDRfragt-Teilnehmer in die Politik verheerend aus: Nur 13 Prozent haben angegeben, dass sie eher großes Vertrauen in die Politik haben, in diesem Bereich die richtigen Entscheidungen zu treffen. 86 Prozent haben hingegen kaum bis gar kein Vertrauen.

Frage: Abschließend: Wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Politik, dass sie beim Thema Energie die richtigen Entscheidungen trifft?



Die Frage nach dem Vertrauen hängt sehr stark davon ab, ob die MDRfragt-Teilnehmer aktuell von den Plänen der Politik betroffen wären oder nicht. So fällt das Vertrauen sowohl beispielsweise unter denjenigen, die ihr Haus gemäß EU-Vorhaben sanieren müssten, tendenziell geringer aus als unter denen, bei denen es akut keinen Handlungsbedarf gibt. Bei beiden Gruppen ist es jedoch die deutliche Mehrheit, die kein Vertrauen hat.

● (eher) groß ● eher klein / nicht vorhanden ● keine Angabe

Gesamt



selbst betroffen



nicht selbst betroffen



Blick in die Altersgruppen: Unter-30-Jährige deutlich stärker pro Erneuerbare

22

Es zieht sich wie ein roter Faden durch die komplette Befragung: Die unter-30-Jährigen sind stets deutlich positiver gegenüber den Erneuerbaren Energien eingestellt als der Rest. Unter den anderen Altersgruppen gibt es meist nur geringfügige Unterschiede. Dadurch haben die Jüngsten auch mehr Verständnis gegenüber den Regierungsplänen in Bezug auf das Heizen und die Gebäudesanierung. Auch das Vertrauen in die Politik fällt bei den unter-30-Jährigen deutlich größer aus.

Ausbau Erneuerbare Energien:

● befürworte ich (eher) ● lehne ich (eher) ab ● keine Angabe

Gesamt



16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre

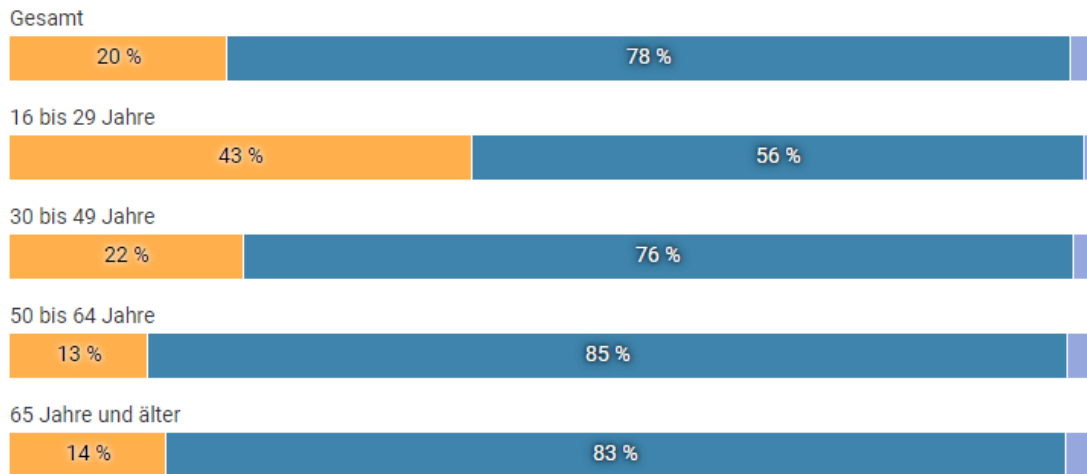


65 Jahre und älter



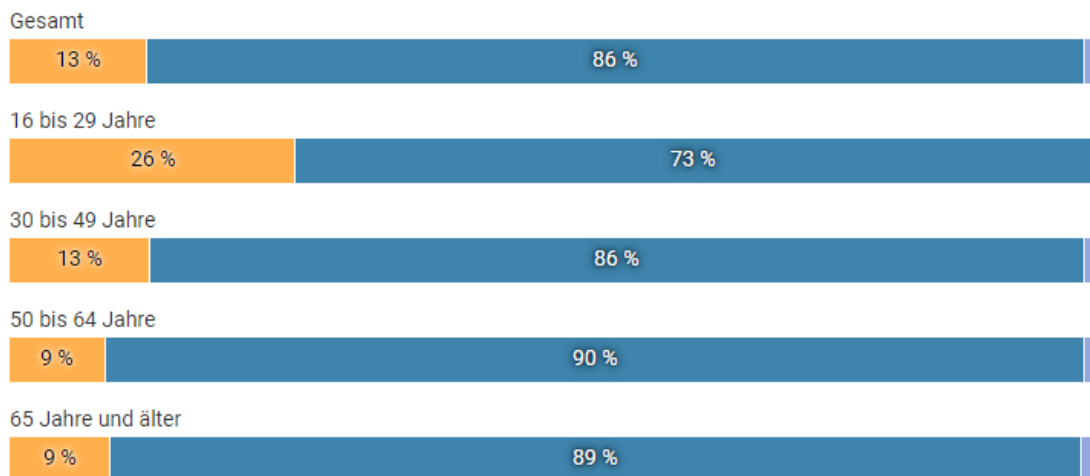
Verbot Einbau neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024

● finde ich (eher) richtig ● finde ich (eher) falsch ● keine Angabe / weiß nicht



Vertrauen in die Politik beim Thema Energie

● (eher) groß ● eher klein / nicht vorhanden ● keine Angabe



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 21.-24.03.2023 stand unter der Überschrift:

Ausbau der Erneuerbaren und Aus für Ölheizungen: Setzen wir beim Energiemix der Zukunft auf die richtigen Karten?

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.416 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 24.03.2023, 1 Uhr).

27.544 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	272 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	3.598 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	11.368 Teilnehmende
65+:	12.306 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	14.155 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	6.752 (25 Prozent)
Thüringen:	6.637 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	11.056 (40 Prozent)
Männlich:	16.413 (60 Prozent)
Divers:	75 (0,2 Prozent)

Informationen zu Wohnsituation und Heizung:

41 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer leben zur Miete, 58 % im Eigenheim oder einer Eigentumswohnung. Zudem haben 8 % angegeben, abgesehen vom derzeit selbst bewohnten Wohnraum noch Wohneigentum zu besitzen.

Der Großteil heizt mit Gas (49 %). An zweiter Stelle steht die Fernwärme (18 %), danach kommt die Ölheizung (14 %).

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.